

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.02.2019
Antragsnr.: 023/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/23
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 27.2.19

Antrag: Monopolverträge Stadtreklame prüfen - Tabakwerbeverbot verhandeln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

1. Die Verwaltung lässt von einer Anwaltskanzlei die lange Laufzeit des Monopolvertrages über die Stadtreklame Ströer/DSM rechtlich prüfen und wie die Stadt ggf. eine Verkürzung der Laufzeit erwirken kann.
2. Die Verwaltung prüft für die Zeit nach Vertragsende mit Ströer/DSM im Jahr 2028 Alternativen zum aktuellen langfristigen Monopolvertrag. Es wird geprüft:
 - Betrieb durch die Stadt oder einen Eigenbetrieb
 - bei Vergabe: kurze Vertragslaufzeit von maximal 3 Jahren
 - bei Vergabe: Weisungsrecht der Stadt im Einzelfall

Um Bericht vor der Sommerpause wird für 1. und 2. gebeten

3. Der Stadtrat stellt schon jetzt klar, dass spätestens im Jahr 2028 keine Tabak- und Alkoholwerbung mehr zugelassen wird.
4. Mit dem aktuellen Vertragspartner, der privaten Firma Stroer, werden Verhandlungen aufgenommen, den Vertrag so zu ändern, so dass Tabakwerbung und Alkoholwerbung ab sofort ausgeschlossen wird. Der Firma wird dabei klar kommuniziert, dass bei einer Weigerung eine Vertragsverlängerung nicht in Frage kommt.

Begründung:

1. Die langen Laufzeiten der Verträge sind undemokratisch und u.E. sittenwidrig: Dem 2014 und auch dem 2020 von den BürgerInnen gewählten Stadtrat sind während seiner gesamten Amtszeit die Hände gebunden. Der Stadtrat muss aber entscheiden können, was auf öffentlichen Werbeanlagen plakatiert werden darf, und was nicht. Auch der Beschluss des Jugendparlaments von 2014 für ein Tabakwerbeverbot lief durch die lange Laufzeit ins Leere.
2. Die BRD hat sich im Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) von 2005 völkerrechtlich verpflichtet, ein **umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabak sponsoring** zu erlassen. Deutschland ist das einzige Land der EU, in dem das nicht umgesetzt wurde !

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)

